

Christoph Marx

## ZUKUNFT DURCH APARTHEID?

Verwoerds Rassenideologie,  
Südafrikas Außenpolitik und der Westen

Jan Smuts war sichtlich geschockt. Der 76-jährige Premierminister Südafrikas verstand die Welt nicht mehr. Bis zu diesem Zeitpunkt im Jahr 1946, als sich die UNO-Vollversammlung in ihrer ersten Sitzung konstituierte, war er ein weithin gefeierter Politiker gewesen. Der amtierende Regierungschef Südafrikas mit einer komfortablen Mehrheit im Parlament genoss den Status eines *Elder Statesman* des Britischen Empire. Während des Zweiten Weltkriegs hatte er sich als standfester Partner Großbritanniens bewährt, als der Inselstaat alleine einem triumphierenden »Dritten Reich« gegenüberstand, das große Teile Europas unter seine Kontrolle gebracht hatte. Seine politische Erfahrung und sein Weitblick wurden von westlichen Politikern wie Roosevelt und Churchill gern zu Rate gezogen. Dieser ehemalige Burengeneral, der seinen Frieden mit dem Empire gemacht und es zum Rang eines britischen Feldmarschalls gebracht hatte, war für viele Menschen in Großbritannien und im Commonwealth ein bewunderter Held. 1946 kam er nach San Francisco, um den Lohn für sein Engagement einzustreichen. Er verlangte die Zustimmung der Vereinten Nationen zur förmlichen Annexion Südwestafrikas, einer ehemals deutschen Kolonie, die Südafrika im Ersten Weltkrieg erobert und seitdem als Völkerbundsmandat verwaltet hatte. Doch stattdessen stieß er auf Kritik und offene Ablehnung. Die Politik der weißen Minderheits-herrschaft in Südafrika und besonders der Umgang mit Südafrikanern indischer Herkunft wurden von verschiedenen Mitgliedsstaaten, allen voran Indien, heftig attackiert.<sup>1</sup>

---

1 William Keith Hancock, *Smuts, Bd. 2: The Fields of Force, 1919–1950*, Cambridge 1962, S. 467ff.



Getrennte Wege: Fußgängerbrücke in Kapstadt  
(Picture Press/Camera Press, o.D.)

Was für Smuts eine traumatische Erfahrung war, wurde für Südafrikas Verhältnis zum Rest der Welt ein historischer Wendepunkt, der Anfang einer kontinuierlich wachsenden Isolation. Als zwei Jahre nach der UNO-Sitzung die Nationale Partei mit ihrer Politik der Apartheid an die Regierung kam, verschlechterten sich die internationalen Beziehungen dauerhaft, und Südafrika wurde zu einem Paria der Staatengemeinschaft. Ein erneuter Wandel trat erst mit dem Ende der Apartheid in den frühen 1990er-Jahren ein, als Präsident Frederik Willem de Klerk sich in der ungewohnten Situation fand, während einer Besuchsreise durch verschiedene afrikanische Länder gefeiert zu werden.

Der erste Apartheid-Premier Daniel François Malan (1948–1954) konnte sich zunächst noch einigen außenpolitischen Handlungsspielraum bewahren. Dazu trug Südafrikas aktive Teilnahme am Koreakrieg bei sowie die Etablierung diplomatischer

Beziehungen mit Israel im Jahr 1948. Malan beteiligte sich auch innerhalb des Commonwealth in einer konstruktiven Weise, als er zustimmte, dass Indien Mitglied bleiben konnte, nachdem es eine Republik geworden war.<sup>2</sup> Es waren seine radikaleren und dogmatischen Nachfolger, die Südafrika in die ständig zunehmende politische und diplomatische Isolation trieben. Versuche, in die Sicherheitsstrukturen der NATO integriert zu werden oder eine eigene militärische und politische Allianz unter den verbleibenden Kolonialmächten auf dem afrikanischen Kontinent zu etablieren,<sup>3</sup> scheiterten an der Art und Weise, wie die Apartheid in Südafrika umgesetzt wurde. Die Premierminister Johannes Gerhardus Strijdom (1954–1958) und vor allem Hendrik Frensch Verwoerd (1958–1966) waren politische Hardliner, die selbst zu kleinsten Konzessionen in der Rassenpolitik nicht bereit waren.

Im Folgenden soll ein Überblick zu Südafrikas Außenpolitik im Kontext der Apartheid-Politik gegeben werden. Im Zentrum der Ausführungen steht die Politik Hendrik Verwoerds, der als der wichtigste Protagonist der Apartheid auch die Außenpolitik seines Landes prägte. Seinen Nachfolgern John Vorster und Pieter Willem Botha gelang es nicht, die außenpolitische Isolation zu überwinden, in die Verwoerd Südafrika geführt hatte. Auch wenn die südafrikanischen Regierungen der Apartheid-Zeit mit aggressiver Rhetorik auf die Isolation reagierten, etwa bei Auftritten in der UNO-Vollversammlung, nahmen sie ihre Situation sehr ernst. In ihrer Politik standen die Überzeugung, mit der Apartheid die richtige Lösung für Südafrikas Probleme gefunden zu haben, und die nicht zuletzt ökonomische Notwendigkeit, internationale Kontakte aufrechtzuerhalten, in einem unauflösbaren Gegensatz, der sich erst mit dem ausgehandelten Übergang zur Demokratie 1994 und dem Ende der Apartheid erledigte.

## 1. Apartheid als Modernisierung unter Hendrik Frensch Verwoerd

Hendrik Verwoerd, der den Apartheid-Staat mehr als jeder andere prägte, verstand Apartheid keineswegs als eine Verteidigung kolonialer Restbestände. Seine Politik der Rassentrennung war nicht inspiriert von Nostalgie für die guten alten Zeiten kolonialer Herrschaft, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg überall auflöste. Für ihn war Apartheid eine Politik der Zukunftsgestaltung, was teilweise seine Intransigenz und Ablehnung von Kompromissen erklärt. Die Apartheid sollte den Fortbestand der weißen Minderheitsherrschaft auf Dauer sichern, aber keinen Verzicht auf den errungenen Lebensstandard mit sich bringen, aller proklamierten Opferbereitschaft zum Trotz. Der britische Premierminister Harold Macmillan, der Südafrika im

2 Lindie Koorts, *D.F. Malan and the Rise of Afrikaner Nationalism*, Cape Town 2014, S. 382ff.

3 Geoff Berridge, *South Africa, the Colonial Powers and »African Defence«. The Rise and Fall of the White Entente, 1948–60*, New York 1992.

Januar 1960 besuchte und dort mit seiner »Wind of Change«-Rede einiges Aufsehen erregte,<sup>4</sup> musste schockiert feststellen, dass Verwoerd kein kolonialer Konservativer war. Nachdem Südafrika 1961 das Commonwealth verlassen hatte, berichtete Macmillan dem britischen Unterhaus von dem Eindruck, den er über seinen südafrikanischen Kollegen gewonnen hatte: »What shocked the Conference was that the policy of the present South African Government appeared to set up what we would regard as an unhappy practice, inherited from the past, perhaps, as a philosophy of action for the future. [...] All this accentuation and systematisation of the policy of apartheid is something very new.«<sup>5</sup>

Verwoerds achtjährige Amtszeit als Premierminister, in der sich der entscheidende Wandel vollzog, durch den Südafrika, wie Nelson Mandela es 1994 formulierte, zum »skunk of the world« wurde,<sup>6</sup> lässt sich in zwei Phasen einteilen. Während der ersten drei Jahre löste Verwoerd die aus seiner Sicht zentralen verfassungspolitischen Probleme Südafrikas. Als Vertreter des radikalen Afrikaaner-Nationalismus war es sein Hauptziel, Südafrika in einen weißen Nationalstaat zu verwandeln. Er hoffte, auf diese Weise das Land aus seiner vermeintlich anomalen Situation zu befreien und die Anerkennung durch die westlichen Länder zu erhalten. Als »normaler« Nationalstaat sollte Südafrika akzeptabel sein; die Republik werde »erkennbar ein weißer Staat sein mit einer Minderheit von Coloured-Gruppen und keinen Bantu«.<sup>7</sup> Seine Homeland-Politik war ein integraler Bestandteil eines umfassenden verfassungspolitischen Projekts, denn damit wurde ein Prozess gestartet, durch den die Schwarzen, die Staatsbürger der Homelands werden sollten, aus dem südafrikanischen Staat hinausdefiniert wurden. 1959 kündigte Verwoerd eine neue Politik an, die diesen insgesamt zehn Kleinstaaten, die zusammen nur 13% der südafrikanischen Fläche einnahmen, die politische Unabhängigkeit in Aussicht stellte. Langfristig sollte Südafrika als weißer Nationalstaat übrig bleiben, auch wenn die Minderheiten der Coloureds und Inder unter der Herrschaft einer weißen Bevölkerungsmehrheit leben sollten. Diese Neuausrichtung der Apartheid-Politik wird in der Regel als Reaktion auf die Entkolonialisierung Afrikas erklärt.<sup>8</sup> Diese Interpretation muss allerdings spezifiziert werden, da Verwoerd nicht generell reagierte, sondern auf eine sich abzeichnende Entkolonialisierung ganz bestimmter Gebiete im südlichen Afrika.

4 Saul Dubow, Macmillan, Verwoerd, and the 1960 »Wind of Change« Speech, in: *Historical Journal* 54 (2011), S. 1087-1114.

5 Rede Macmillans im House of Commons, 22.3.1961; zit. nach Nicholas Mansergh (Hg.), *Documents and Speeches on Commonwealth Affairs, 1952-1962*, Oxford 1963, S. 373.

6 Nelson Mandela bei seiner Amtseinführung am 10.5.1994, in: Kader Asmal/David Chidester/Wilmot James (Hg.), *Nelson Mandela in his own Words. From Freedom to the Future. Tributes and Speeches*, London 2003, S. 70.

7 Hendrik Frensch Verwoerd, Brief an J.S. Maritz (Ohrigstad), 2.5.1966, S. 102, University of the Free State, Archive for Contemporary Affairs, PV (Persoonlike Versameling) 93/1/30/1/32. Im Folgenden beziehen sich alle Siglen mit PV auf dieses Archiv. Alle Übersetzungen aus dem Afrikaans stammen vom Autor.

8 Siehe z.B. William Beinart, *Twentieth-Century South Africa*, Oxford 2001, S. 162; Deborah Posel, *The Making of Apartheid. 1948-1961. Conflict and Compromise*, Oxford 1997, S. 232.

Während der späten 1950er-Jahre begann Großbritannien, in den drei High Commission Territories Basutoland (Lesotho), Swaziland and Bechuanaland (Botswana) politische Strukturen aufzubauen, die sich von den bislang vorherrschenden der indirekten Herrschaft (*indirect rule*) unterschieden. Die südafrikanische Regierung zog daraus den zutreffenden Schluss, Großbritannien verfolge die Absicht, diese Länder auf eine künftige Entkolonialisierung vorzubereiten. Südafrika hatte seit Jahrzehnten verlangt, die drei Territorien sollten Teile Südafrikas werden. Nun musste die Regierung akzeptieren, dass dies nicht geschehen würde. Doch gründete die gesamte Idee der territorialen Rassentrennung auf der Voraussetzung, diese drei Gebiete müssten zur Union von Südafrika gehören. Dann konnte die territoriale Rassentrennung als eine faire Lösung präsentiert werden, denn mit den drei Gebieten eingeschlossen würde sich der Anteil der »Native Reserves« nicht nur auf 13%, sondern auf 50% des Landes belaufen. Zudem ließ sich die Zahl der Reservate deutlich reduzieren, indem die Gebiete derjenigen Bevölkerungsgruppen miteinander vereint würden, die als ethnisch verwandt galten. So sollten die Gebiete, in denen tswana-, sotho- und swazi-sprachige Bevölkerungsgruppen lebten, an die High Commission Territories angefügt werden.

Mit seiner neuen Politik für diese Territorien setzte Großbritannien solchen Träumen ein Ende. Verwoerd blieb nicht viel übrig, als dem britischen Beispiel zu folgen und den Native Reserves innerhalb Südafrikas ebenfalls die Unabhängigkeit in Aussicht zu stellen, um die High Commission Territories in Südafrikas Einflussbereich halten zu können. Er wollte im südlichen Afrika einen Staatenbund aus dem weißen Rumpf-Südafrika, den Homelands und den drei High Commission Territories schaffen, die staatsrechtlich unabhängig sein, aber unter südafrikanischer Hegemonie stehen sollten. Dies war notwendig, wenn Südafrika sich zu einer regionalen Großmacht entwickeln, die Kontrolle über die anderen Mitglieder der Staatengruppe behalten und den African National Congress (ANC) daran hindern wollte, dort Militärbasen aufzubauen. Verwoerd vertraute nicht darauf, dass sich nördlich der südafrikanischen Grenzen eine Pufferzone weißer Siedlerkolonien erstreckte, denn er wies oft auf den grundlegenden Unterschied zwischen Südafrikas Apartheid und der Politik der »Racial Partnership« in der Zentralafrikanischen Föderation hin (die heutigen Staaten Simbabwe, Sambia und Malawi). »Racial Partnership« musste aus seiner Sicht unausweichlich zu schwarzer Mehrheitsherrschaft führen, während nur seine eigene Politik einer territorialen Trennung Sicherheit und Frieden gewährleisten könne. Der von ihm erwartete Zusammenbruch der Siedlerherrschaft nördlich Südafrikas und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, Südafrikas militärische, politische und ökonomische Kontrolle auf die unmittelbaren Nachbarländer auszudehnen, wurde Teil einer Strategie, die dem Hauptziel des Afrikaaner-Nationalismus dienen sollte, das Überleben und die Vormacht der Weißen zu sichern.

Während Verwoerd seine Politik so als besonders benevolente Form einer freiwilligen Dekolonisierung anpries, wollte er gleichzeitig alle politischen Verbindungen des weißen Nationalstaats zur früheren Kolonialmacht kappen. Seine Ankündigung eines Referendums für die weiße Bevölkerung über Südafrikas Umwandlung in eine Republik folgte nur ein Jahr nach dem Neuansatz der Homeland-Politik. Mit der

Republik war das Ende der verteilten Loyalitäten bei der englischsprachigen weißen Bevölkerung gekommen, und der Weg stand offen für eine geeinte weiße Nation. Ironischerweise wurde ausgerechnet Verwoerd, der wie kein anderer die Existenz einer Afrikaaner-Nation als gegeben vorausgesetzt hatte, nach der Republikwerdung zum *nation-builder*.

Als die Regierung das Referendum gewonnen hatte und Südafrika auf dem Weg zu einer republikanischen Staatsform war, musste das Land wie zuvor Indien, Ghana und andere einen Antrag auf weitere Mitgliedschaft im Commonwealth stellen. Entgegen der verbreiteten Darstellung in den meisten Geschichtsbüchern gibt es klare Belege dafür, dass Südafrika nicht von den übrigen Mitgliedern zum Austritt gezwungen wurde, sondern dass Verwoerd absichtlich während der Commonwealth-Konferenz im März 1961 eine Situation herbeiführte, die diesen Anschein erwecken sollte. Indem er zustimmte, über die Apartheid zu diskutieren, obwohl er sonst auf dem Prinzip der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten beharrte, ließ er eine Eskalation zu. Anschließend konnte er behaupten, gar keine Alternative gehabt zu haben als seinen Antrag zurückzuziehen, weil es um die Ehre seines Landes gegangen sei. In Wirklichkeit wollte Verwoerd die Organisation verlassen, und er hatte sich seit den späten 1930er-Jahren stets vehement in diesem Sinn geäußert. In einem nicht veröffentlichten, aber im Archiv erhaltenen Interview mit einer afrikaanschen Tageszeitung kündigte er den Austritt als sein politisches Ziel 1959 sogar explizit an.<sup>9</sup> Doch gelang es ihm nicht, eine Spaltung des Commonwealth entlang der »Rassenlinie« herbeizuführen. Er hatte erwartet, dass die weißen Mitgliedsstaaten wie Kanada, Australien und Neuseeland Südafrikas Verbleib unterstützen würden, während die asiatischen und afrikanischen Länder opponierten. Doch als der kanadische Premierminister John Diefenbaker, selbst ein Konservativer, darauf bestand, dass das Commonwealth zu Menschenrechten und politischer Gleichberechtigung eine klare Position beziehen sollte, stellte er sich auf die Seite der asiatischen und afrikanischen Länder und half damit, das Commonwealth zu retten.<sup>10</sup>

Außer dem Macmillan-Besuch 1960 und einer Visite des Premierministers von Lesotho, Leabua Jonathan, wenige Tage vor Verwoerds Ermordung war der einzige weitere Gast der südafrikanischen Regierung der UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld, der 1961 nach Pretoria kam. Auch wenn Verwoerd Hammarskjöld schätzen lernte, kam es zu keiner inhaltlichen Annäherung, und eine Intensivierung der Beziehungen wurde durch Hammarskjölds Tod bei einem Flugzeug-Absturz nur wenige Monate später verhindert.<sup>11</sup> Die Teilnahme an der Commonwealth-Konferenz

9 Interview der Tageszeitung *Die Burger* mit Verwoerd am 14.3.1959, darüber handschriftlich »Nooit gepubliseer«, PV 93/1/9/2/4, Bl. 107-111.

10 Ausführlicher zu dieser Neubewertung: Christoph Marx, Südafrikas Austritt aus dem Commonwealth 1961, in: Michaela Bachem-Rehm u.a. (Hg.), *Teilungen überwinden. Europäische und Internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Wilfried Loth*, München 2014, S. 361-371.

11 Siehe dazu auch Christopher C. Saunders, Dag Hammarskjöld and Apartheid South Africa, in: *Development Dialogue* 57 (2011), S. 61-75.

1961 war der einzige Staatsbesuch, den Verwoerd in seiner achtjährigen Amtszeit als Premierminister überhaupt absolvierte.<sup>12</sup> Sogar sein Versuch, im Anschluss an die Londoner Konferenz Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland einen Besuch abzustatten, war erfolglos, weil die Regierungen beider Staaten dies mit Ausflüchten verhinderten. Die Unbeirrtheit, mit der Verwoerd an der Apartheid festhielt, verführte zu dem Eindruck, die wachsende Isolation Südafrika habe ihn kaum gekümmert. In Wirklichkeit hat sie ihm ernsthafte Sorgen bereitet.<sup>13</sup> Nach dem Sharpeville-Massaker im März 1960, bei dem die Polizei 69 schwarze Demonstranten erschoss, wuchs die internationale Kritik deutlich, und die westlichen Regierungen schlossen sich ihr zögernd an.<sup>14</sup> Im Dezember 1963 gab Großbritannien erstmals seine bisherige Politik der Enthaltung auf und stimmte für eine UN-Resolution, die die Apartheid verurteilte.

Verwoerd glaubte beobachtet zu haben, in vielen westlichen Ländern würden nur die Oppositionellen lautstark gegen Südafrika protestieren.<sup>15</sup> So beruhigte er auch Korrespondenzpartner, die angesichts drohender Sanktionen wegen des Umfangs US-amerikanischer Investitionen in Südafrika Sorge geäußert hätten. Das Kapital stamme von Personen und Unternehmen, die den südafrikanischen Standpunkt gut hießen; Südafrika habe nämlich mehr Freunde im Ausland, als durch die sensationsheischenden Presseberichte suggeriert werde.<sup>16</sup> Überhaupt hielt er Geschäftsleute für verlässlicher, da sie an der Sicherheit ihrer Investitionen interessiert seien und erkannt hätten, dass Südafrika ein stabiles Land sei: »Auf dieser Stabilität beruht der Glaube der Weltgeldmacht an Südafrikas ökonomische Sicherheit und Fortschritt.«<sup>17</sup> Politische Standfestigkeit erschien ihm als die beste Gewähr, um das Vertrauen von Anlegern zu erhalten: »Wenn sie nur sicher sind, dass wir die Kontrolle behalten; wenn sie nur wissen, dass die ganzen Drohungen nichts bedeuten, werden sie mit ihren Investitionen hier bleiben. Wenn sie aber fürchten, dass wir nachgeben und dass auf diese Weise letztlich Probleme und Niederlagen kommen könnten – und inkompetente schwarze Herrschaft und Unordnung –, haben sie Angst um den Erhalt und Wert ihrer Investitionen.«<sup>18</sup> Dies passte allerdings nicht so recht zu der Tatsache,

12 Siehe auch das außerordentliche Interesse der südafrikanischen Regierung an einem Staatsbesuch des neuseeländischen Premierministers Walter Nash, der diese Absicht bekundet hatte: Außenminister Louw an Nash, 13.6.1960, Bl. 70, und dessen Absage wegen Termindrucks, 24.6.1960, Bl. 75, PV 4/14.

13 Hendrik Frensch Verwoerd, Neujahrsansprache 1966: »The main problems will undoubtedly be provided by external issues.« PV 93/4/1/12, Bl. 159.

14 United Nations, Department of Public Information (Hg.), *The United Nations and Apartheid 1948–1994*, New York 1994.

15 Hendrik Frensch Verwoerd, Toespraak op Meyerton, 26.3.1960, in: ders., *Verwoerd aan die woord. Toesprake 1948–1962*, hg. von A.N. Pelzer, Johannesburg 1963, S. 351–363, hier S. 354.

16 Ders. an P.H. van der Linde (Bloemfontein), 22.2.1960, PV 93/1/47/2/4.

17 Ders., Nuwejaarsboodskap aan die volk van Suid-Afrika, 31.12.1958, in: ders., *Verwoerd aan die woord* (Anm. 15), S. 195ff., hier S. 196.

18 Ders., Toespraak tydens die Oorweging van die Begrotingspos van die Eerste Minister, 10.4.1961, S. 519, und ders., Eerste toespraak in die Volksraad as Premier, 18.9.1958, beide in: ders., *Verwoerd aan die woord* (Anm. 15), S. 152–175, hier S. 168.



Beim Massaker von Sharpeville im März 1960 erschoss die Polizei 69 Menschen – die meisten in den Rücken, als sie schon auf der Flucht waren. Die fotografisch breit dokumentierten Ereignisse markierten eine Zäsur, da sie auch die internationale Kritik an Südafrika verstärkten. (© Bailey's African History Archives, Foto: Ian Berry)

dass Investoren offenbar doch auf Reformen drängten, was Verwoerd zu der scharfen Zurückweisung veranlasste, »dass Geschäftsinteressen, die von außen kommen, um hier Geld zu verdienen, uns die konstitutionelle Entwicklung oder die politische Richtung unseres Landes vorschreiben wollen«. <sup>19</sup>

In den Kontext des Kalten Kriegs ordnete Verwoerd die Isolation Südafrikas auf zweierlei Weise ein. Einerseits ließ sie sich damit erklären, andererseits nutzte der Staatschef die Ost-West-Konfrontation, um Südafrika als verlässlichen Partner des Westens anzupreisen, gerade wenn westliche Länder Kritik übten: »South Africa is the only reliable friend the Western World has. [...] We are the one area on which the West can rely absolutely, the foremost fort in any possible east-west clash. Our friendship

<sup>19</sup> Ders., Toesprake in die Volksraad in verband met die Republikeinse Grondwet. Antwort auf Zweite Lesung, 9.2.1961, S. 424-449, in: ders., *Verwoerd aan die woord* (Anm. 15), S. 406-455, hier S. 442.



must remain even in spite of misunderstanding created by such attitudes and tactics because our interests are the same. If however we are left in the lurch in the present Cold War for the friendship of Africa, and the whites lose out in this country, then even this bastion is lost to the Western World.«<sup>20</sup> Verwoerd war insbesondere an einem guten Verhältnis zu den USA interessiert, beurteilte er sie doch als das einzige Land, das mächtig genug sei, um Südafrika wirklich gefährlich werden zu können.<sup>21</sup> Allerdings wurde er immer pessimistischer, als die Kennedy-Administration die anti-kolonialen Züge der amerikanischen Afrika-Politik verstärkte. Vor allem die Äußerungen des Assistant Secretary for African Affairs im amerikanischen Außenministerium, Gerhard Mennen »Soapy« Williams (1911–1988), zugunsten der Selbstbestimmung der Afrikaner riefen starken Unmut in Südafrika hervor.<sup>22</sup>

Die Fixierung auf die Souveränität des Nationalstaats, die Verwoerds Verhältnis zur Außenpolitik prägte und von seinem Nationalismus gespeist wurde, verstärkte sich durch die Proteste nach dem Sharpeville-Massaker sowie dem Rivonia-Prozess von 1963/64 gegen die Führung des ANC. Im Juli 1963 hatte die südafrikanische Polizei bei einer Razzia auf der Farm Liliesleaf in Rivonia, einem Vorort Johannesburgs, die Führungsspitze des ANC und der Untergrundarmee »Umkhonto we Sizwe« (Speer der Nation) verhaftet. Die Gefangenen wurden gemeinsam mit dem bereits seit 1962 inhaftierten Nelson Mandela wegen Sabotage vor Gericht gestellt und erhielten lebenslängliche Gefängnisstrafen. Dies hatte öffentliche Proteste in vielen Ländern zur Folge. So bewertete »Die Transvaler«, Verwoerds ehemalige Zeitung und eine Art Sprachrohr seiner Politik, das »taktlose und unerwünschte Auftreten« der Amerikaner als »beispiellos«. Aus der Verurteilung des Massakers von Sharpeville leitete die Zeitung ab, die Amerikaner betrachteten die Weißen Südafrikas als »dispensable«.<sup>23</sup> Appelle, das laufende Verfahren gegen die ANC-Führung nach deren Verhaftung in Rivonia einzustellen, wies der Premier als unzulässige Einmischung in die Rechtspflege zurück.<sup>24</sup> Im Zusammenhang des Rivonia-Prozesses sah Verwoerd den ANC nur als Instrument des Kommunismus, um Südafrika als Bollwerk des Westens auszuschalten: »Should South Africa have been overwhelmed by communist rebellion which Mandela and others sought to institute, South Africa would have become another communist satellite and because of its great capacity the rest of Africa which is already balancing on the edge, would have fallen into communist grasp as well. [...]

20 George H. Pipal, Interview mit Verwoerd für United Press, 13.12.1958, PV 93/1/34/1 1958, S. 167.

21 Digital National Security Archive (USA), Satterthwaite an Department of State, 12.6.1964, Former Ambassador Lewis W. Douglas' Conversation with South African Prime Minister Verwoerd and Foreign Minister Muller on U.S. Relations with South Africa, S. 6. Siehe auch Gert Daniel Scholtz, *Dr. Hendrik Frensch Verwoerd, 1901–1966*, Bd. 2, Johannesburg 1974, S. 298ff.

22 *Vaderland*, 3.3.1966, mit den wichtigsten Aussagen Verwoerds sowie dem Dementi der USA. Siehe auch *Rand Daily Mail*, 3.3.1966, wo Williams zitiert wird: »Africa is very impatient to see this regime practising apartheid brought down.«

23 *Transvaler*, 25.3.1960.

24 Verwoerd an P.W. Botha, 21.10.1963, PV 203/1/V6/1.

Mandela and his companions who are as guilty as any Russian spy in Great Britain or America where they are even condemned to death, get sympathy as if they were heroes and martyrs. To all South Africans, including those of English extraction, this is nothing less than shocking.«<sup>25</sup>

Die Entkolonialisierung Afrikas, vor allem ihr Tempo, schockierte die weißen Südafrikaner. Sie hielten Afrikaner für unfähig, sich selbst zu regieren; eine Unabhängigkeit afrikanischer Staaten war für sie deshalb nur in einer weit entfernten Zukunft vorstellbar. Die europäischen Kolonialmächte hatten bis in die 1950er-Jahre ähnliche Ansichten über die »Reife« der Afrikaner gehegt, waren dann aber von den sich formierenden Unabhängigkeitsbewegungen zu einer Revision genötigt worden. Die Reaktion der südafrikanischen Regierung war nicht auf ein wirkliches Umdenken zurückzuführen, sondern war eine pragmatische Reaktion auf neue politische Tatsachen. Doch akzeptierte die südafrikanische Regierung, nachdem sie die anfängliche Irritation überwunden hatte, die Unabhängigkeit von Kolonien wie Nigeria, in denen keine Weißen lebten. Verwoerd unterstrich eigens die Kooperationsbereitschaft Südafrikas mit den neuen afrikanischen Staaten: »But there is a barrier, a barrier caused by hatred, jealousy, enmity, caused by ignorance and lack of development.«<sup>26</sup> Die kommunistische Welt versuche, den Prozess der Entkolonialisierung voranzutreiben und dadurch Einfluss auf die unabhängig werdenden Länder zu gewinnen. Auch wenn die Afrikaner die kommunistische Ideologie nicht übernehmen würden, »they would come under the spell of other aspects of communist propaganda. By this I mean acceptance of the idea that the colonial powers or the white people of South Africa harmed them instead of creating civilised conditions on this continent.«<sup>27</sup> Die Kommunisten versuchten durch ihre Propaganda, die Afrikaner vergessen zu lassen, »was die sogenannten kolonisierenden Mächte für die Länder Afrikas getan haben«. Auf diese Weise sollten die Afrikaner zu Feinden derjenigen Länder werden, »die eigentlich ihre Wohltäter sind«.<sup>28</sup> Der Westen erkenne zwar die Gefahr, dass sich die afrikanischen Länder der Sowjetunion zuwenden könnten, doch reagiere er mit Anpassung und Entgegenkommen gegenüber den Afrikanern.<sup>29</sup> Die westlichen Mächte beschleunigten den Entkolonialisierungsprozess sogar, »indem sie neue Staaten, sehr klein und ökonomisch unselbstständig, links und rechts in Asien schaffen«, und spielten den Kommunisten damit in die Hände.<sup>30</sup>

25 Ders., Brief an Irene Lees, Manchester, 19.6.1964, PV 93/1/30/1/26.

26 Ders., Toespraak by geleentheid van die opening van die Hendrik Verwoerd-tonnels, 18.11.1961, in: ders., *Verwoerd aan die woord* (Anm. 15), S. 594-598, hier S. 595.

27 Pipal, Interview mit Verwoerd (Anm. 20), S. 166.

28 Verwoerd, Rede by geleentheid van die opening van die Transvaalse Kongres van die Nasionale Party, Stadhuis, Pretoria, 12.11.1958, in: ders., *Verwoerd aan die woord* (Anm. 15), S. 176-188, hier S. 184.

29 Ders., Toespraak tydens die Oorweging van die Begrotingspos van die Eerste Minister, 10.4.1961, in: ders., *Verwoerd aan die woord* (Anm. 15), S. 512-527, hier S. 513f.

30 Ders., Nuwejaarsboodskap aan die volk van Suid-Afrika, 31.12.1961, in: ders., *Verwoerd aan die woord* (Anm. 15), S. 610-614, hier S. 611.

Zwar war der ideologische Konflikt von großer Bedeutung für den Nationalisten Verwoerd, für den der Kommunismus alles bedrohte, was ihm heilig und wertvoll erschien, doch stellte der Kalte Krieg nur die Oberfläche eines tiefer liegenden Gegensatzes dar. Führende Politiker Südafrikas bewerteten den Kalten Krieg im Kontext eines weltweiten rassistischen Konflikts, einer kontinentalen Konfrontation zwischen Asien und Europa. Dieser Konflikt sei nicht nur wegen der kleinen indischen Minorität in Südafrika gefährlich, wie Verwoerd selbst erläuterte: »Südafrika wird häufig in der Welt da draußen nicht richtig verstanden, weil es als Teil des Kontinents Afrika betrachtet wird, als ob es so wäre wie die übrigen Teile, während in Wahrheit diese Südspitze Afrikas, einst ein leeres Land, in Besitz genommen von den Weißen Europas, sich anders entwickelt hat als der Rest. Dasselbe gilt für das weiße Westeuropa, das seinerseits nur ein kleiner Flecken, ein kleiner Teil des mächtigen und großen eurasischen Festlands ist. Drehen Sie die Karte von Europa und Asien um 90 Grad, und Sie werden sehen, dass da nur eine kleine Ausbuchtung ist, die Wiege der Zivilisation, wie wir sie heute auf der Welt kennen.«<sup>31</sup>

Die australischen Historiker Marilyn Lake und Henry Reynolds haben in ihrem Buch »Drawing the Global Colour Line« nachgewiesen, wie sehr sich bis zum Zweiten Weltkrieg in der anglophonen Welt Intellektuelle und Politiker aus verschiedensten Ländern wechselseitig in ihrer rassistisch eingefärbten Wahrnehmung imaginierter und tatsächlicher Konflikte beeinflussten und bestätigten.<sup>32</sup> US-Präsident Theodore Roosevelt war eine der Schlüsselfiguren in diesem internationalen kolonialistischen und rassistischen Netzwerk, das die anglophonen Siedlerkolonien und Dominions ebenso umspannte wie die Vereinigten Staaten. Die beteiligten Intellektuellen, Aktivistinnen und Politiker formulierten Ideen und Ideologien rassistischer Überlegenheit und einer Zivilisierungsmission. Insbesondere die Australier und Neuseeländer, aber auch die US-Amerikaner sahen sich vom Aufstieg Japans bedroht und schlossen sich näher aneinander an. Die Zuwanderung indischer und chinesischer Vertragsarbeiter führte in zahlreichen Ländern zu Absprachen bei fremdenfeindlichen Gesetzgebungen.<sup>33</sup> Die Formel »Asien gegen Europa« ließ sich mit vielerlei Konflikten füllen, sodass sie unter ganz verschiedenen Umständen plausibel erschien. Der politische Schwerpunkt verschob sich zwischen den 1880er-Jahren und dem Zweiten Weltkrieg

31 Ders., Toespraak by geleentheid van die republikeinse dankfees, Monumentkoppie, Pretoria, 15.10.1960, in: ders., *Verwoerd aan die woord* (Anm. 15), S. 395-400, hier S. 398.

32 Marilyn Lake/Henry Reynolds, *Drawing the Global Colour Line. White Men's Countries and the International Challenge of Racial Equality*, Cambridge 2008. Sie behandeln die anglophone Welt, doch gingen die Netzwerke darüber hinaus: Stefan Kühl, *Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 1997.

33 Dazu schon Robert Huttenback, *Racism and Empire. White Settlers and Colored Immigrants in the British Self-Governing Colonies 1830–1931*, London 1976, S. 195, und Christoph Marx, *Globalizing Cities: Ethnicity and Racism in Vancouver and Johannesburg in the First Wave of Globalization*, in: Martin Butler/Jens Martin Gurr/Olaf Kaltmeier (Hg.), *Ethnicities. Metropolitan Cultures and Ethnic Identities in the Americas*, Trier 2011, S. 13-27.

mehrfach, doch der rassistische Konsens blieb bemerkenswert stabil. Erst der Zweite Weltkrieg und insbesondere der Holocaust beendeten dieses ideologische Einverständnis, als klar wurde, zu welchen Exzessen Rassismus führen konnte. Die rassistischen Erklärungsmuster verloren durch die Entkolonialisierung zudem ihre politische Funktion.

Aber in Südafrika verstand die Nationale Partei die Sowjetunion als asiatische Macht und den Kommunismus darum als asiatische Ideologie:<sup>34</sup> asiatischer Kollektivismus gegen europäisch-westlichen Individualismus. Doch nicht nur das: Der Osten stand für das Chaos, das Gegenteil von Ordnung und Zivilisation. Hier lag der Ansatzpunkt für Verwoerd und andere, den Kalten Krieg in eine imaginierte Tiefenstruktur des europäisch-asiatischen Gegensatzes einzubetten. Hier fand zeitweilig auch der Antisemitismus seinen Platz, da führende afrikaans-nationalistische Intellektuelle bereits während der 1930er- und 1940er-Jahre Juden als Asiaten definierten.<sup>35</sup>

Ein Siegeszug des Kommunismus, des Ostens, kam nach verbreiteter Meinung einer Überflutung durch die afroasiatischen Völker gleich: »The stand of this Republic of South Africa is in the interests of white civilization throughout the world against the rising tide of colour.«<sup>36</sup> Südafrika sei nicht nur politisch-ideologisch ein natürlicher Verbündeter der Europäer und Amerikaner, sondern auch als weißer Staat: »The blind eye is turned to the fact that this could, may must, lead to unilateral Non-white domination over the whole of Africa and the shrinking of white man's domain to encircled Europe and partly South and North America.«<sup>37</sup> Verwoerds Vorwurf, die westlichen Länder befänden sich auf dem Holzweg, wenn sie versuchten, die Afrikaner und Asiaten durch eine Politik des Entgegenkommens an ihrer Seite zu halten, muss im Licht seiner Wahrnehmung einer rassistisch bestimmten Welt gesehen werden. Die afrikanischen Länder stünden gewissermaßen zwischen dem Osten und Westen, weshalb die Auseinandersetzung ein Kampf um die »Seele Afrikas« sei. Doch dazu müsse man zuerst »den Verstand des Menschen in Afrika« in die gewünschte Richtung entwickeln.<sup>38</sup> Verwoerds Beschwörungen, Südafrika als ein »blutsverwandtes« Land kämpfe für den Fortbestand der westlichen Zivilisation, erhielt eine fast apokalyptische Dringlichkeit: »Wir werden um unsere Existenz kämpfen, und die Welt soll das wissen. Wir können nicht anders. Wir stehen wie Luther während der Reformation mit dem Rücken zur Wand. Wir kämpfen nicht um Geld oder Güter.

34 Verwoerd im *Transvaler*, 19.9.1945; zit. nach Dioné Prinsloo, Die Johannesburg-periode in Dr. H.F. Verwoerd se loopbaan, unveröff. Dissertation, Randse Afrikaanse Universiteit, Johannesburg 1979, S. 361.

35 Christoph Marx, *Im Zeichen des Ochsenwagens. Der radikale Afrikaaner-Nationalismus in Südafrika und die Geschichte der Ossewabrandwag*, Münster 1998, S. 229f.

36 Hendrik Frensch Verwoerd, Brief an Miss P.J. Greenhalgh, Salisbury, 3.5.1966, PV 93/1/30/1/32.

37 Ders., Neujahrsbotschaft für 1964, 31.12.1963, S. 109, PV 93/4/1/9.

38 Ders., Bedankingswoord gerig aan mnr. Harold Macmillan, Eerste Minister van die Verenigde Koninkryk, 3.2.1960, in: ders., *Verwoerd aan die woord* (Anm. 15), S. 317-320, hier S. 318.

Wir kämpfen um das Leben unseres Volkes. Aber wir kämpfen nicht nur für unser Volk. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir für den Fortbestand der weißen Zivilisation kämpfen.«<sup>39</sup>

Anscheinend konnte Verwoerd nicht sehen, dass die westlichen Länder ihre Haltung gegenüber dem Rassismus geändert hatten und ihre Politik weder naiv noch rein taktisch motiviert war. Er identifizierte einen Konflikt und eine rassistisch begründete Konfrontation, wo die meisten westlichen Ländern dergleichen nicht mehr entdecken konnten. Was ihnen als Chance zur Kooperation erschien, war in seinen Augen Blindheit für eine große Gefahr. Aber warum war Verwoerd nicht in der Lage zu erkennen, dass der Vorkriegskonsens nicht mehr bestand? Offensichtlich übersah er die Bedeutung des Holocaust. Als Antisemit blendete er ihn aus, und es ist auffallend, dass er in seiner gesamten Korrespondenz, in seinen Reden und Zeitungsartikeln nie auch nur ein einziges Mal die Vernichtung der europäischen Juden erwähnte.<sup>40</sup>

Weil Verwoerd nicht erkannte, dass Südafrika nicht mehr auf Unterstützung für die Apartheid würde rechnen können, hielt er es nur für eine Frage der Zeit, bis dem Westen die Augen aufgehen würden. Dann würden westliche Regierungen und Gesellschaften »eher bereit sein, uns im Hinblick auf das, was wir tun und was wir tun wollen, gerecht zu beurteilen«. <sup>41</sup> So beschwor er in zahlreichen Briefen und anderen Äußerungen, dass sich die internationale Meinung allmählich ändere und ein Umschwung in der Wahrnehmung Südafrikas unmittelbar bevorstehe: »There is no doubt that the stronger we stand in South Africa, the quicker realisations may come in other parts of the Commonwealth and in other parts of the world. For the moment the spirit of the times may seem to be against us but this has happened before and just as in the past the pendulum of world opinion may be expected to swing back.«<sup>42</sup> Entscheidend sei, dass die Südafrikaner zusammenstünden, durchhielten und nicht nachgäben. Sie dürften sich nicht in verschiedene Gruppen auseinanderdividieren lassen. Hier liege der außenpolitische Sinn der Republikwerdung: »Fortunately the stresses of outside pressures are having the result of bringing Afrikaans- and English-speaking South Africans together in support of their country and heritage.«<sup>43</sup>

Trotz all seiner Prophezeiungen eines künftigen Umschwungs in der internationalen Haltung zu Südafrika sah sich Verwoerd veranlasst, propagandistisch nachzuhelfen. Darum richtete er 1962 ein eigenes Informationsministerium ein<sup>44</sup> und sammelte Beispiele für soziale und ethnische Diskriminierungen in zahlreichen Ländern, um besonders gegen Staaten wie Indien oder Schweden zurückschlagen zu

39 Ders., Geloftedagrede by Bloedrivier, 16.12.1958, in: ders., *Verwoerd aan die woord* (Anm. 15), S. 189-194, hier S. 192.

40 Verwoerd war von 1937 bis 1948 Chefredakteur der nationalistischen Tageszeitung »Die Transvaler«.

41 Ders., Toespraak tydens die Oorweging van die begrotingspos van die Eerste Minister, 10.4.1961 (vervolg), in: ders., *Verwoerd aan die woord* (Anm. 15), S. 528-536, hier S. 533.

42 Ders. (Privatsekretär) an Mrs. H.D. Bruyn, Westville (Natal), 22.2.1960, PV 93/1/47/2/3.

43 Ders., Brief an O.D. Aadnesgaard (Natal), 7.8.1964, S. 122, PV 93/1/30/1/26.

44 James P. Barber, *South Africa's Foreign Policy, 1945-1970*, London 1973, S. 181f.

können.<sup>45</sup> Die südafrikanische Regierung benutzte ihr geeignet erscheinende ausländische Publikationen für die Propaganda in eigener Sache, etwa das Buch des Tübinger Geographen und Alt-Nazis Wahrhold Drascher »Schuld der Weißen? Die Spätzeit des Kolonialismus« (1960)<sup>46</sup> und Artikel aus der »Afrika-Post«.<sup>47</sup> Ab Mai 1966 begann die staatlich kontrollierte South African Broadcasting Corporation (SABC) mit einer Radio-Auslandspropaganda, die über den H.F. Verwoerd-Sender ausgestrahlt wurde.<sup>48</sup>

Für die Buren ging es unmittelbar ums Überleben, weil sie, im Gegensatz zur weißen Bevölkerung in den USA, in Kanada, Australien oder Neuseeland, nur eine Minderheit waren. Die Entkolonialisierung verstärkte dieses Bewusstsein, in letzter Minute in die Speichen des Rades der Geschichte gegriffen zu haben, das sich auf einen Abgrund zubewege. Daraus erklärt sich die Ruchlosigkeit und Kaltschnäuzigkeit, mit der Verwoerd seine Politik umsetzte, mit bestem Gewissen und bürgerlicher Biederkeit politische Gegner ins Gefängnis sperren ließ, Gewaltorgien der Polizei duldete und in politisch Andersdenkenden gefährliche Feinde wittern musste, sobald sie sich nicht mehr in einem Grundkonsens einfangen ließen. Neue Formen der Jugendkultur waren demnach der Pilz, ein »fremder« Einfluss, der von innen her die westliche Zivilisation zernähre und ihr jede Widerstandskraft gegen den kommunistischen Angriff zu nehmen drohe. Mode, Haartracht, Popmusik<sup>49</sup> und nonkonformes Auftreten Jugendlicher waren darum keine Nebensachen, sondern sie zerstörten – so wurde befürchtet – den Kernbestand der westlichen Zivilisation, ihr Immunsystem gegenüber der kommunistischen, letztlich asiatischen Subversion. Die Zensur »unerwünschter Literatur« und die staatliche Einmischung in das kulturelle Leben sind darauf zurückzuführen, dass jeder Bereich des Alltagslebens wie der Hochkultur, der Bildung,

45 Verwoerd an Sekr. Buitelandse Sake, 7.11.1960, Bl. 45, PV 93/1/53/2/5; siehe auch PV 93/10/1/3, verschiedene Ordner: Inligting vir Eerste Minister, mit Zitaten und Angaben über Diskriminierung in Indien; über »Voorbeelde van Wetgewing wat aanhouding sonder verhoor moontlik maak«. Roter Stempel: Dringend/Urgent; Pressezensur; Nordirland, willkürliche Verhaftungen und Menschenrechtssituation; »Vorms van diskriminasie tussen rasse en groepe in ander state«, u.a. Chinesen in Indonesien und Malaysia; Israel, Schweden, Kaschmir, Sansibar, Liberia u.a.m. Außenminister Louw nutzte diese Informationen in der UNO-Vollversammlung: *Rand Daily Mail*, 15.10.1960; *Transvaler*, 17.10.1960.

46 Verwoerd (Privatsekretär) an P. Meiring, Inligtingsdiens, 23.6.1960, Bl. 70, und H. Momberg (Inligtingsdiens) an Privatsekretär Premier, 29.7.1960, Bl. 72, PV 93/1/53/14/1.

47 H.E.R. Steinbach an PS Premier, 27.6.1960 (Eingang), Bl. 80, PV 93/1/53/14/1; ebd.: Privatsekretär Verwoerds an Meiring (Inligtingsdiens), 22.7.1960, und Bl. 84, Meiring an Privatsekretär, 26.7.1960, mit angehängtem Exemplar der Zeitschriftenartikel von Paul-Lennert Breutz, »Süd-Afrika, einmal anders gesehen« (Mai und Juni 1960 der *Afrika-Post*), die der Inligtingsdiens dann in Form einer eigenen Broschüre verbreitete.

48 Pieter Johannes Meyer, *Nog nie ver genoeg nie. 'n persoonlike rekenskap van vyftig jaar georganiseerde Afrikanerskap*, Kaapstad 1984, S. 78, S. 136.

49 So befasste sich die Regierung etwa mit der Frage, wie man eine Einreise der Beatles nach Südafrika verhindern könne, wobei diese gar kein Interesse daran bekundet hatten: Schriftstück des Innenministeriums »Toelating van burgers van die Vereenigde Koninkryk en kolonies tot die republiek«, 21.1.1964, PV 93/3/1/28.

des Sports, der Religion und der Populärkultur als überlebenswichtig galt. »Im Kampf gegen die entstehenden Übel hat der Staat oft mit den Folgen zu tun. [...] Er bekommt es [...] zu tun mit den Übeln, die eine ganze Gemeinschaft erfassen und sich über ein Volk ausbreiten. Zuweilen muss er mit harter Hand vorgehen, zuweilen kann er Gnade walten lassen. Aber er muss gegen die Übel kämpfen, die die Gesellschaft in den Untergang treiben können.«<sup>50</sup>

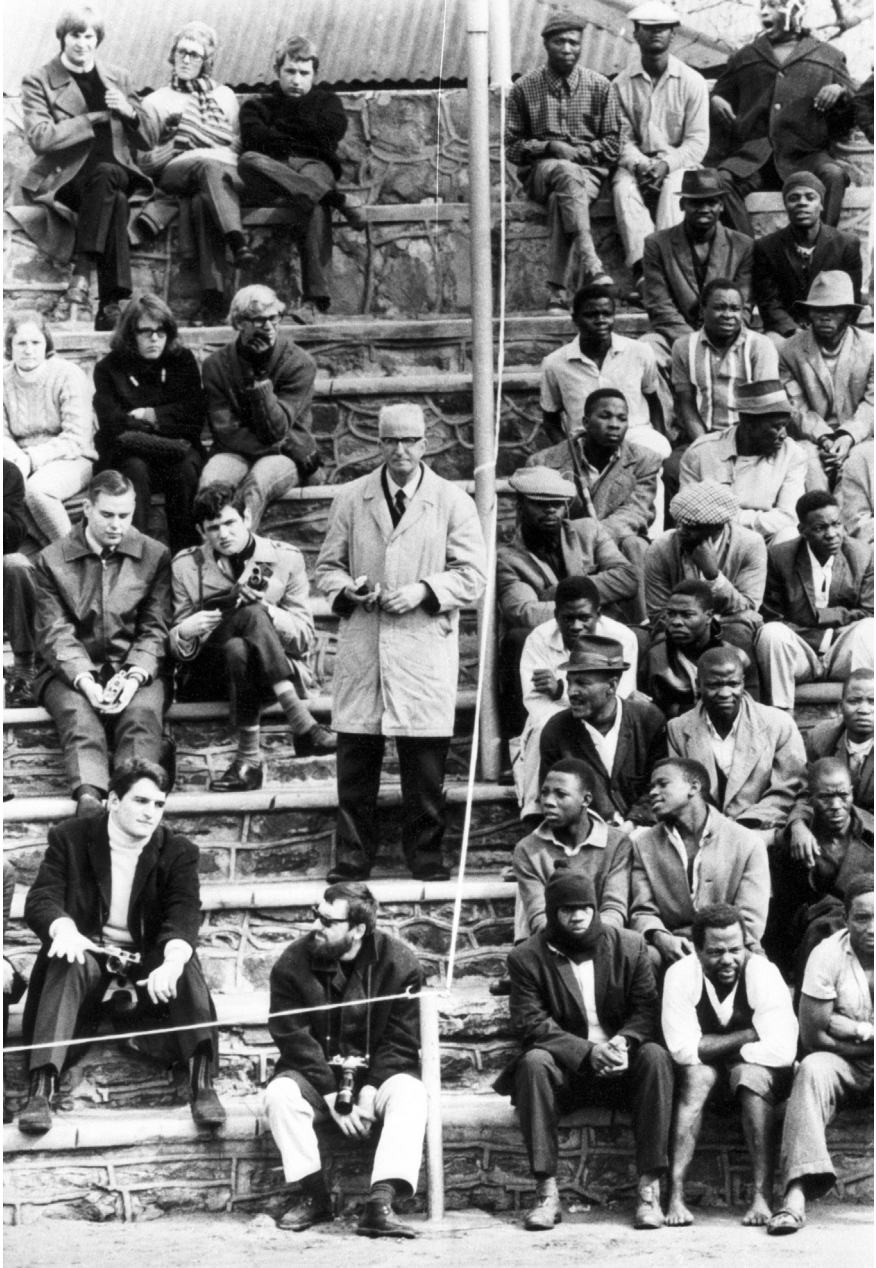
## 2. Öffnungsversuche unter John Vorster

Am 6. September 1966 wurde Verwoerd im südafrikanischen Parlament von einem angeblich geisteskranken Parlamentsdiener mit vier Messerstichen ermordet.<sup>51</sup> Seine Nachfolger John Vorster (1966–1978) und Pieter Willem Botha (1978–1989) setzten die Apartheid-Politik Verwoerds fort, ohne sie konzeptionell weiterzuentwickeln. Gleichzeitig suchte Vorster nach Möglichkeiten, Südafrikas Isolation zu durchbrechen.<sup>52</sup> Er wählte den Weg über Afrika, da er kalkulierte, der Westen werde seine Politik ändern, sobald afrikanische Länder wirtschaftliche oder gar diplomatische Beziehungen mit dem Apartheid-Staat etablieren würden. Diese Politik hatte nur begrenzten Erfolg: Einzig Malawi unter seinem konservativen Präsidenten Kamuzu Banda war bereit, diplomatische Beziehungen zu eröffnen. Andere Länder waren aus außenpolitischen Gründen wesentlich zurückhaltender und betrieben eine oft klandestine Politik wirtschaftlicher Beziehungen mit Südafrika. Selbst prowestliche Präsidenten afrikanischer Länder wie Joseph Mobutu (Zaire/Kongo) ließen sich nicht dazu herbei, sich durch eine Anerkennung des Apartheid-Staats innerhalb Afrikas in die Isolation zu bringen. Nur Félix Houphouët-Boigny, der Präsident der Elfenbeinküste, empfing Vorster 1974 zu einem offiziellen Staatsbesuch, den er ein Jahr später erwiderte, ohne dass dies jedoch zum Beginn diplomatischer Beziehungen und einer wirklichen Durchbrechung der Isolation Südafrikas auf dem Kontinent geführt hätte. So scheiterte Vorsters Politik einer Entspannung mit den Staaten Afrikas spätestens durch die Revolution in Portugal vom April 1974, die die rasche Entkolonialisierung

50 Hendrik Frensch Verwoerd, Rede by geleentheid van die Eeufeesviering van die Gereformeerde Kerk op Rustenburg, 28.3.1959, in: ders., *Verwoerd aan die woord* (Anm. 15), S. 237–248, hier S. 241. Seinen Anhängern galt Verwoerd als »Mann aus Granit«, als Garant für den Fortbestand des »weißen Südafrikas«. Eine westliche Gegenposition dazu markierte etwa das Cover des Magazins »TIME« vom 26.8.1966, das Verwoerd unter der Textzeile »The Delusions of Apartheid« vor Stacheldraht zeigte: <<http://content.time.com/time/covers/0,16641,19660826,00.html>>.

51 Siehe dazu Henk van Woerden, *Der Bastard. Die Geschichte des Mannes, der den südafrikanischen Premier ermordete*, Berlin 2006.

52 Zu Vorsters Außenpolitik siehe Hermann Giliomee, *The Last Afrikaner Leaders. A Supreme Test of Power*, Cape Town 2012, S. 116ff.; James P. Barber, *South Africa's Foreign Policy, 1945–1970*, London 1973, S. 268ff.



Apartheid im Alltag: Stadiontribüne in Bloemfontein, 1. Mai 1969  
(UN Photo/H. Vassal)



Angolas und Mosambiks zur Folge hatte. In beiden Ländern kamen »afromarxistische« Regierungen ans Ruder, die aus ihrer feindseligen Haltung gegenüber Südafrika keinen Hehl machten.

Vorster engagierte sich sehr, das weiße Siedlerregime im benachbarten Rhodesien an den Verhandlungstisch zu bringen, um Druck von Südafrika abzulenken und sich als Vermittler zu profilieren. Doch scheiterte er an der Starrköpfigkeit des rhodesischen Premierministers Ian Smith. Die Verhandlungslösung, die einige Jahre später, ohne Beteiligung Südafrikas, auf Druck des Commonwealth zustande kam, hatte zum Ergebnis, dass auch in dem aus Rhodesien hervorgegangenen Zimbabwe eine links orientierte Regierung an die Macht gelangte. Unter Vorster erhielt die Transkei als erstes »Homeland« die staatliche Unabhängigkeit, ohne jedoch von irgendeinem Staat der Welt außer Südafrika selbst anerkannt zu werden. Das Projekt der Schaffung eines weißen Nationalstaats im Negativverfahren durch Ausgliederung schwarzer Zwergstaaten wurde seitens der internationalen Staatengemeinschaft geschlossen abgelehnt.<sup>53</sup>

Während Vorster erstmals schwarze Gewerkschaften zuließ, machte er hinsichtlich politischer Rechte keinerlei Zugeständnisse. Weitgehend unbeachtet von der Regierung war mit der Black-Consciousness-Bewegung eine neue Form des Widerstands erwachsen, die zunächst vor allem schwarze Studenten erfasste, später auch Schüler und Intellektuelle. Black Consciousness zielte auf eine psychische Entkolonialisierung der schwarzen Bevölkerung, die die Minderwertigkeitskomplexe hinsichtlich ihrer eigenen Kultur ablegen sollte. Das dadurch gewonnene neue Selbstbewusstsein konnte dann politischen Widerstand tragen, wie er in den Schülerprotesten zum Ausdruck kam, die im Juni 1976 in Soweto bei Johannesburg ausbrachen.

Der Aufstand von Soweto gilt als der eigentliche Wendepunkt in der Geschichte des Apartheid-Staats. Die exzessive Polizeigewalt hatte zur Folge, dass der außenpolitische Druck auf Südafrika zunahm und immer mehr Länder Sanktionen gegen den Apartheid-Staat verhängten oder, wie die Europäische Gemeinschaft, wenigstens einen »Code of Conduct« für Unternehmen erließen.<sup>54</sup> Nur Israel intensivierte seine ökonomischen, politischen und militärischen Beziehungen zu Südafrika seit den 1970er-Jahren kontinuierlich und lud Vorster zu einem Staatsbesuch ein. Während Vorster als ehemaliger Justizminister in Südafrika einen Sicherheitsstaat etablierte und der Polizei freie Hand bei der Repression politischer Gegner ließ, hatten seine gleichzeitigen Offerten gegenüber den afrikanischen Nachbarn keinen Erfolg, weil seine Innenpolitik die Glaubwürdigkeit unterminierte, die er außenpolitisch benötigt hätte. Darum begann er in seinen letzten Regierungsjahren mit einer propagandistischen Offensive, in deren Verlauf die Regierung versuchte, über illegale Geheimfonds Eigentumsanteile an ausländischen Pressekonzernen zu erwerben,

---

53 Thomas R.H. Davenport/Christopher C. Saunders, *South Africa. A Modern History*, London 1977, 5. Aufl. Hampshire 2000, S. 432f.

54 Siehe hierzu den Beitrag von Knud Andresen in diesem Heft.

um deren Haltung gegenüber Südafrika in ihrem Sinn zu verändern. Zudem pflegte man informelle Beziehungen gerade in die Bundesrepublik. Mit erstaunlichem Erfolg wurden hochrangige Politiker, Unternehmer und Kirchenvertreter auf südafrikanische Kosten zu Besuchen ins Land eingeladen, und es wurde versucht, sie entsprechend propagandistisch zu beeinflussen.<sup>55</sup> Als das Ausmaß des Missbrauchs staatlicher Gelder bekannt wurde, musste Vorster, seit kurzem Staatspräsident, am 4. Juni 1979 zurücktreten, ebenso wie einige seiner einflussreichsten Minister.<sup>56</sup>

### 3. Destabilisierung, Gewalteskalation und Reformen unter Pieter Willem Botha

Vorsters Nachfolger Botha, bis dahin Verteidigungsminister und sicherheitspolitischer Hardliner, setzte die Mischung aus Härte und kleineren Konzessionen fort. Hatte Vorster sich auf die Polizei gestützt, so war Botha der Mann der Armee, die sich als moderne Kraft begriff und als erste staatliche Institution begann, bisherige Regeln der Apartheid nicht mehr zu beachten. So konnte in der Armee ein Schwarzer erstmals Vorgesetzter eines Weißen werden. Diese Reformbereitschaft war aber mit einer ausgesprochen repressiven Politik verbunden. Für die Regierung Botha war die rigorose Rassentrennungspolitik zur Verhandlungsmasse geworden, ohne dass sie die weiße Vorherrschaft aufgeben wollte. So ließ Botha einige zentrale Gesetze der Apartheid, wie das Mischehenverbot und die bei der schwarzen Bevölkerung besonders verhassten Passgesetze, in den späten 1980er-Jahren aufheben, ging aber mit harter Hand gegen alle diejenigen vor, die das politische und gesellschaftliche System Südafrikas grundsätzlich ändern wollten. Die Vorstellung, Südafrika sei einem »totalen Angriff« des Weltkommunismus unter Führung der Sowjetunion ausgesetzt, bestimmte Südafrikas Außenpolitik.

Das politische Konzept der »totalen Strategie« sollte ökonomische und sozialpolitische Reformen mit einer Politik der autoritären Kontrolle verbinden.<sup>57</sup> Doch Bothas Versuch, die Minderheiten der Coloureds und der Inder mit der Einrichtung eigener

55 Gunther Hermann, Südafrikas weltweite Propaganda-Offensive. Der Muldergate-Skandal und seine Auswirkungen auf Deutschland, in: Hanns Lessing u.a. (Hg.), *Umstrittene Beziehungen/Contested Relations. Protestantismus zwischen dem südlichen Afrika und Deutschland von den 1930er Jahren bis in die Apartheidzeit/Protestantism between Southern Africa and Germany from the 1930s to the Apartheid Era*, Wiesbaden 2015, S. 595-609, und ders., Die Hennenhofer-Werbeagentur. Einflussnahme auf deutsche Politiker und die Spitzengremien der EKD, in: ebd., S. 610-625.

56 James Sanders, *Apartheid's Friends. The Rise and Fall of South Africa's Secret Service*, London 2006, S. 94ff.

57 Zu dem Konzept und seiner Umsetzung siehe Brian Pottinger, *The Imperial Presidency. P.W. Botha, the First 10 Years*, Johannesburg 1988, S. 337ff.

Parlamentskammern auf den Erhalt der Apartheid zu verpflichten,<sup>58</sup> während die Schwarzen ihre politische Zukunft nach wie vor ausschließlich in den Homelands haben sollten, scheiterte an einem erneuten Aufflammen des internen Widerstands, der in der Gründung der United Democratic Front 1983 und des schlagkräftigen, militanten Gewerkschaftsdachverbands COSATU (Congress of South African Trade Unions) 1985 kulminierte. Danach kam Südafrika nicht mehr zur Ruhe: Demonstrationen, Polizeigewalt, Beerdigungen, die sich zu neuen Demonstrationen entwickelten und neue Polizeigewalt hervorriefen, setzten eine Spirale der Gewalt in Bewegung und ließen erkennen, dass das System nicht reformierbar war. Die zweite Hälfte der 1980er-Jahre war vom Ausnahmezustand geprägt, der den Einsatz des Militärs in den Wohngebieten ermöglichte.

Die Aufwendungen für die Repression stiegen steil an, während gleichzeitig die Wirtschaft einen beispiellosen Niedergang erlebte. Dieser war letztlich dem Verfall des Goldpreises geschuldet, der sich von 1980 bis 1988 in heftigen Wellenbewegungen nach unten bewegte und am Ende des Jahrzehnts nur noch halb so hoch war wie zu Beginn. Gleichzeitig verfiel der Wert der Währung, was Investoren abschreckte. Der Niedergang der Autoverkäufe wegen der politischen Unruhen von etwas über 300.000 im Jahr 1981 auf ca. 175.000 im Jahr 1986 ist ein Indikator für eine wirtschaftliche Krise, die durch die politische Situation verschärft wurde. Die steigenden Arbeitslosenzahlen trugen ihrerseits zur politischen Instabilität bei.<sup>59</sup> Südafrika hatte seit den Ölkrisen mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen, doch wuchs diese in den 1980er-Jahren dramatisch an und erreichte in einigen ländlichen Regionen bis zu 50%, wodurch sich trotz Ansätzen zu sozialem Aufstieg bei einem Teil der südafrikanischen Bevölkerung die Ungleichheit der Einkommen und beruflichen Chancen verschärfte.<sup>60</sup>

Botha ließ Militär und Geheimdienste die benachbarten Staaten destabilisieren, wobei es zu militärischen Angriffen und Bombardements von Hauptstädten wie Maputo (Mosambik), Gaborone (Botswana) und Harare (Simbabwe) kam. Ein nächtlicher Angriff eines südafrikanischen Kommandos in Lesothos Hauptstadt Maseru im Dezember 1982 führte zu zahlreichen Todesopfern auch unter Unbeteiligten. Gleichzeitig rüstete Südafrika Guerillatruppen aus, die die Regierungen in einigen Ländern bekämpften. In Mosambik hatte dies immerhin den Erfolg, dass Präsident Samora Machel sich genötigt sah, 1984 ein Abkommen mit dem Apartheid-Staat abzuschließen, worin er sich verpflichtete, die Aktivitäten des ANC in Mosambik zu unterbinden.<sup>61</sup> Machels Tod bei einem Flugzeugabsturz über südafrikanischem Territorium zwei Jahre später ist bis heute nicht aufgeklärt. Die Regierung ließ politische Gegner im In- und Ausland entführen, viele wurden von sogenannten Hit Squads der

58 Christoph Schiltz, *Die Republik Südafrika: Die Verfassungsreform von 1984. Unter besonderer Berücksichtigung der Bevölkerungsgruppen der Coloureds und Inder*, Hamburg 1991.

59 Stuart Jones/André Müller, *The South African Economy, 1910–90*, London 1992, S. 264, S. 297ff.

60 Dazu grundlegend Jeremy Seekings/Nicoli Nattrass, *Class, Race, and Inequality in South Africa*, Scottsville 2006. Zur Arbeitslosigkeit in den 1970ern ebd., S. 175ff.

61 Saul Dubow, *Apartheid 1948–1994*, Oxford 2014, S. 215ff.

südafrikanischen Polizei und Armee ermordet und ihre Leichen beseitigt. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission, die 1995 eingesetzt wurde, konnte nur einen Teil dieser Verbrechen aufklären.

Die Gewalt des Apartheid-Staats hatte die Verschärfung und Ausweitung internationaler Sanktionen zur Folge,<sup>62</sup> deren Höhepunkt der Comprehensive Anti-Apartheid Act des US-Kongresses im Jahr 1986 und die damit eingeleitete Politik des Disinvestment war – des Rückzugs amerikanischen Kapitals aus Südafrika, womit sich die ökonomische Krise verschärfte. Im Gegensatz zu den USA, wo der Kongress das Veto von Präsident Reagan überstimmte, konnte die Europäische Gemeinschaft keine klare Linie entwickeln, da insbesondere die Regierungen Großbritanniens unter Margaret Thatcher und der Bundesrepublik Deutschland unter Helmut Kohl trotz der dramatischen Gewalteskalation während Bothas Herrschaft keine Veranlassung sahen, Sanktionen zu verhängen. Die beiden Regierungschefs verwässerten europäische Sanktionen bis zur Wirkungslosigkeit im selben Jahr, als die Amerikaner die ihren beschlossen. Stattdessen gab es mehr oder weniger direkte Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik.<sup>63</sup> Botha wurde 1984 sogar zu Staatsbesuchen in beide Länder eingeladen, obwohl seine Dreikammerversfassung, die er 1983 eingeführt hatte, keine politische Beteiligung für die schwarze Mehrheit vorsah und als Versuch gewertet werden kann, die Coloureds und Inder mit Teilprivilegien auszustatten und damit auf den Erhalt der Apartheid zu verpflichten. Bothas Eröffnung diplomatischer Beziehungen zu Taiwan kann kaum als außenpolitischer Erfolg gelten, da sich hier zwei Parias einander annäherten, ohne dass davon eine weitere Wirkung ausgehen konnte.

Das Ende der Apartheid war eine Folge des wirtschaftlichen Niedergangs, der Gewalteskalation in Südafrika selbst und der anhaltenden internationalen Isolation. Frederik Willem de Klerk, der den gesundheitlich angeschlagenen Botha 1989 aus dem Amt drängte und in seiner berühmten Rede Anfang Februar 1990 das Ruder herumwarf, leitete die Abschaffung der Apartheid durch Verhandlungen mit dem ANC und die Freilassung der ANC-Führungsspitze ein; damit hob er die außenpolitische Isolation seines Landes auf. Das Ende der Apartheid wurde möglich in den neuen internationalen Rahmenbedingungen, die mit der Politik der Perestrojka und dem daraus sich ergebenden Ende des Ost-West-Konflikts gesetzt wurden. Ein Teil der burischen intellektuellen und ökonomischen Elite hatte die Aussichtslosigkeit der Apartheid-Politik seit Mitte der 1980er-Jahre erkannt und baute mit de Klerk eine personelle Alternative zu Botha auf. Zwar hatten viele burische Intellektuelle und Kirchenvertreter an die moralische Legitimation der Apartheid geglaubt, doch waren ihre Zweifel durch die Gewalteskalation seit dem Soweto-Aufstand 1976 immer stärker gewachsen, weshalb de Klerk die Mehrheit der Weißen hinter seinen Reformkurs bringen konnte.

62 David Welsh, *The Rise and Fall of Apartheid*, Johannesburg 2010, S. 255ff.

63 »Der Bundeskanzler hat keine Erinnerung«. Die Komplizenschaft führender Politiker in der U-Boot-Affäre, in: *Spiegel*, 4.7.1988, S. 22-25.

## 4. Fazit und Ausblick

Die ideologische Interpretation der internationalen Lage während der prägenden Amtszeit Hendrik Verwoerds wurde unter seinen Nachfolgern etwas aufgeweicht, aber nie aufgegeben. Damit konnten sich die Regierungen Vorsters und Bothas gewisse Handlungsspielräume in der Außenpolitik verschaffen. Da sie hinsichtlich der Apartheid jedoch kaum (Vorster) oder zögerlich und zu spät (Botha) Zugeständnisse machten, änderte dies wenig an der Isolation. Die Gewalteskalation nach 1976 führte zu Sanktionen, heizte aber gleichzeitig die öffentlichen Auseinandersetzungen um die Apartheid in Europa und Nordamerika an. Die Regierungen Südafrikas, insbesondere diejenige Verwoerds, glaubten fest daran, dass der Rest der Welt sich von Südafrikas Sichtweise einer notwendigen Rassentrennung überzeugen lassen werde, sobald die Apartheid-Strukturen funktionierten. Wegen der wachsenden Isolation ihres Landes war die politische Führung zwar besorgt, konnte dieser Isolation jedoch nur entgegenwirken, wenn sie die Apartheid-Politik aufgab. Dies zu akzeptieren erforderte einen langen Lernprozess, innerhalb dessen Sanktionen, Boykotte und Resolutionen ihre Bedeutung hatten.

Zwei Jahrzehnte nach dem Ende der Apartheid lässt sich nicht mehr übersehen, dass dies zwar eine tiefe politische Zäsur markierte, aber keineswegs eine soziale oder ökonomische Revolution, da Ungleichheit und Armut wenig verändert fortbestehen.<sup>64</sup> Auch in der politischen Kultur zeigen sich mittlerweile erstaunliche Kontinuitäten, etwa im Hinblick auf Zensur und eine Kontrollobsession der Regierungen des ANC seit 1999. Das Massaker an streikenden Bergarbeitern in Marikana bei Pretoria im August 2012 hat belegt, dass Polizeigewalt und autoritäre Herrschaftsstrukturen trotz demokratischer Verfassung weiterexistieren.

Für zusätzliches Bildmaterial siehe die Internet-Version unter <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2016/id=5353>.

**Prof. Dr. Christoph Marx**

Universität Duisburg-Essen | Historisches Institut

Universitätsstr. 12 | D-45141 Essen

E-Mail: christoph.marx@uni-due.de

---

64 Siehe dazu die bahnbrechende Studie von Seekings/Natrass, *Class, Race, and Inequality* (Anm. 60).